

Wolfgang Thierse

16. Mai 2023

160 Jahre soziale Demokratie

(Festveranstaltung im Volkspark Halle am 16. Mai 2023)

Wir erinnern an 160 Jahre Sozialdemokratie. Ein erstaunliches Datum, wenn man an die Umbrüche und Umwälzungen dieser vergangenen Jahrzehnte denkt. Die SPD ist die älteste Partei Deutschlands. Ist das Anlass für Stolz? Nun, Stolz ist ein irgendwie gefährdet-gefährliches politisches Gefühl geworden. Aber eine starke Begründung für historisches Selbstbewusstsein sollte das Datum schon sein können! Nicht weil die SPD nur Siege erlebt hätte, eine Partei ohne Fehl und Tadel gewesen wäre. Es gab auch bittere Phasen der Niederlagen und des Verbots, es gab auch Irrtümer und Fehleinschätzungen. Aber:

- Unsere Partei ist die einzige, die niemals ihren Namen ändern musste.
- Sie war von Anfang an eine Freiheits- und Demokratierpartei.
- Aus der Arbeiterbewegung entstanden, war sie immer die Partei des Kampfes um Emanzipation, um mehr Gerechtigkeit und sozialen Ausgleich, die Partei des sozialen Fortschritts.
- Sie versteht sich als Partei innerer weltanschaulich-religiöser und kultureller Pluralität.
- Insbesondere war sie immer internationalistisch und europäisch orientiert und mehr als andere **die** deutsche Friedenspartei.

Ich selbst habe mich vor 33 Jahren für die SPD entschieden (und bin ja hier in Halle vor 33 Jahren zum Vorsitzenden der ostdeutschen SPD gewählt worden) wegen dieser Tradition und vor allem wegen Willy Brandt und seiner Ostpolitik – und ich sehe keinen Grund, von dieser Tradition Abstand zu nehmen. Im Gegenteil.

Sich diese Traditionen zu vergegenwärtigen, also ihrer Prägung, ihrer Identität sich immer wieder neu zu vergewissern, das beantwortet gewiss nicht alle Fragen der Gegenwart, aber vermag doch einen historischen Richtungssinn für heute zu vermitteln: Dass die SPD auch in Gegenwart und Zukunft

- Gerechtigkeits- und Solidaritätspartei sein muss – um der Freiheit Willen.

- Reformpartei sein muss - um der Zukunft unseres Landes und unseres Globus willen.
- Internationalistische Friedenspartei sein muss – auch und gerade in gefährlichen Zeiten.

Und deshalb will ich mich nicht weiter beim Erinnern aufhalten oder gar Nostalgie betreiben. Die Geschichte der Hallenser SPD kennt ihr ohnehin besser. Sondern den Blick auf die Gegenwart werfen, auf ihre Probleme und Herausforderungen. Denn, so hieß es in der Abschiedsrede von Willy Brandt: „Jede Zeit braucht ihre Antworten...“

Unsere Gegenwart erscheint mir – und vermutlich ist das auch das Grundgefühl sehr vieler Menschen – als eine Zeit von besonderer Veränderungsdromatik. Mehr, viel mehr als in vielen Jahrzehnten zuvor erleben wir eine Beschleunigung von Geschichte, die Gleichzeitigkeit verschiedener umwälzender und zugleich krisenhafter Entwicklungen und ängstigender Probleme. Die nicht erlauben, einfach so weiterzumachen wie gewohnt.

Bundeskanzler Olaf Scholz hat in seiner bedeutenden Bundestagsrede Ende Februar des vorigen Jahres den Begriff „Zeitenwende“ verwendet – bezogen auf den Aggressionskrieg Putin-Russlands gegen die Ukraine und dessen Folgen. Und tatsächlich ist dieses Ereignis ein tiefer historischer Einschnitt, eine heftige Erschütterung, eine höchst folgenreiche Wendung der Geschichte.

Welch ein Unterschied zu der positiven Wendung der Geschichte 1989/90, die wir (jedenfalls ich) als einen großen Aufbruch erlebt haben, nach der wir von einem goldenen Zeitalter des Friedens geträumt haben.

Was ist da passiert am 24. Februar 2022 und seitdem? Das Udenkbare, das Unfassbare: ein brutaler Krieg in unserer Nachbarschaft, in Europa, auf unserem Kontinent, der in den vergangenen Jahrzehnten in einer unruhigen Welt so glimpflich davongekommen war! Das ist ein historischer Einschnitt. Es gibt keinen anderen Vergleich: Wie Hitler-Deutschland 1939 das Nachbarland Polen überfallen hat, so führt Putin-Russland einen Angriffskrieg gegen sein Nachbarland Ukraine. Und verletzt alle Regeln und Verträge, die bisher die europäische Friedensordnung ausgemacht haben, missachtet das internationale Recht, zerstört mit der

Ukraine auch den europäischen Frieden.

Bis zu diesem 24. Februar konnten wir Deutsche meinen, dass wir von Freunden umzingelt sind und dauerhaft im Frieden mit allen Nachbarn leben können. Bis zum 24. Februar konnten wir Europäer glauben, dass Vereinbarungen gelten, dass Wandel durch Handel, dass wirtschaftliche Verflechtungen friedenssichernde Wirkungen haben und gute Sicherheitspolitik sind. (So wie ja auch die westeuropäische Einigung seit den 50er Jahren wirtschaftliche Verflechtung als Basis hatte.) War es naiv, blauäugig, weltfremd (wie all die Vorwürfe jetzt heißen) auf das Konzept gemeinsamer Sicherheit zu setzen? War es gutgläubig und dumm, mit Russland und mit Putin im Gespräch zu bleiben, immer wieder, und so den Frieden bewahren zu wollen? Sind diese Versuche deshalb falsch gewesen, weil sie jetzt gescheitert sind? Nein, meine ich, sie waren der Mühe wert um des Friedens willen. Es waren Putins Lügen und Täuschungen, sein verbrecherischer Krieg, die aus unseren berechtigten europäischen Hoffnungen nun böse Illusionen gemacht haben: dass Europa ein dauerhaft friedlicher Kontinent werden und sein könnte, dass Handel, wirtschaftliche Verflechtung, Globalisierung den Problemen und Konflikten ihre Schärfe nehmen würde, dass militärische Sicherheit nicht mehr so wichtig sein müsste.

Die unvermeidliche Enttäuschung darüber und auch die notwendige deutsche und europäische Selbstkritik sollten allerdings nicht dazu führen, in einer Art negativer Euphorie alle bisherige um Entspannung und Ausgleich bemühte Politik moralisch zu verdammen, alle Ideen, Konzepte, Instrumente der Entspannungspolitik in die Rumpelkammer der Geschichte zu kippen. (Vielleicht werden wir ja einige von ihnen nach dem Krieg wieder brauchen?)

Gegen mögliche Entspannungsromantik, wie auch gegen Kalte-Kriegs-Nostalgien sollten wir uns jedoch daran erinnern, dass die Entspannungspolitik, wie sie von Willy Brandt und Egon Bahr gestaltet worden ist, zwei Voraussetzungen hatte: einerseits die (auch militärische) Stärke des Westens, das Abschreckungspotential der USA und andererseits die Bereitschaft der Sowjetunion, sich auf Verhandlungen und Kooperationen einzulassen, im Unterschied zu Putin-Russland heute. Damals konnte das Konzept des „Wandels durch Annäherung“ und der „Sicherheit nicht gegeneinander, sondern miteinander“ erfolgreich werden, konnten Verhandlungen geführt und Kooperationen vereinbart werden – bis hin zur KSZE, also zur

„Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ mit ihrem folgenreichen Vertragswerk, der Helsinki-Schlussakte. Diese sozialdemokratische Entspannungspolitik gehört zur Vorgeschichte zu den Voraussetzungen der deutschen Wiedervereinigung und der europäischen Vereinigung. Dieses Erbe können und sollten wir Sozialdemokraten verteidigen.

Heute stehen wir vor einer gänzlich anderen Herausforderung. Putins Aggression hat die Welt, mindestens die europäische, verändert. Und deshalb ist auch militärische Solidarität mit der Ukraine so notwendig: für ihre Selbstverteidigung, für ihr Überleben! Da haben wir Sozialdemokraten ganz entschieden die Pflicht zu jeder verantwortbaren Form von Solidarität! Daran darf keinerlei Zweifel entstehen. Wir sind Partei auf Seiten der Ukraine!

Aber zugleich sollte es erlaubt sein, ja eigentlich eine Pflicht, schon im Krieg über den Krieg hinauszudenken. (Deshalb habe ich vor einigen Wochen einen entsprechenden Appell für Waffenstillstandsbemühungen unterschrieben.)

Denn: Was folgt nach dem Ende des Krieges, dem ukrainischen Opfergang, dem unsäglichen Leiden und Elend, die lange fortwirken werden? Putin ist ein Kriegsverbrecher. Er ist ein Verbrecher, der über Atomwaffen verfügt, deshalb kann er nicht ignoriert und militärisch nicht besiegt werden. Das ist die bitterböse Tatsache, die weder hinwegdemonstriert, noch hinweg-gehofft und -gewünscht werden kann. Wie aber soll man mit einem Lügner und Verbrecher, der mit seiner blutigen Invasion so viele Verträge gebrochen hat, wie soll man mit Putin wieder verlässliche Vereinbarungen treffen? Ich weiß es nicht. Ich teile die kollektive Ratlosigkeit. Aber trotzig meine ich: Diplomatie muss wieder zu ihrem Recht (!) kommen! Wenn die Waffen schweigen, muss es wieder um Politik gehen!

Putin ist nicht gleich Russland. Das dürfen wir trotz all unserer wütenden Enttäuschung nicht vergessen. Mit der Erfahrung des Ukraine-Krieges erscheint es unabweisbar, dass Europa zunächst und mehr als zuvor seine Sicherheit gegen Putin-Russland organisieren und stärken muss. Aber nicht Jalta, sondern Helsinki muss trotzdem das Motto sein! Denn Russland ist und bleibt ein gewichtiger Teil Europas und sollte – spätestens nach Putin – zur Perspektive einer gesamteuropäischen Sicherheitsarchitektur, die Putin gerade zerstört hat, gehören.

Die (Wieder) Herstellung einer verlässlichen, nicht nur europäischen, sondern globalen Friedensordnung ist die elementare Voraussetzung dafür, dass sich die Welt den eigentlichen Menschheitsproblemen des 21. Jahrhunderts erfolgreich widmen kann: dem Klimawandel, der Umweltzerstörung, der weltweiten Armut und sozialen Ungerechtigkeit. Wie auch die Lösung dieser globalen Aufgaben Voraussetzung für dauerhaften globalen Frieden ist. Die Selbstverteidigungsfähigkeit des demokratischen Europas und seine Kooperationsbereitschaft sind gleichermaßen notwendige und vernünftige Beiträge zu einer neu zu gewinnenden globalen Friedensordnung.

Und damit bin ich bei den anderen Dimensionen dessen, was „Zeitenwende“ wirklich und im umfassenden Sinne bedeutet. Es geht nämlich um mehr als ein neues Bewusstsein für Verteidigungspolitik, um eine Stärkung der Bundeswehr.

Das Dramatische der Gegenwart besteht in der Gleichzeitigkeit verschiedener umwälzender und zugleich krisenhafter Entwicklungen. Eine Polykrise, in der die Gefahr groß ist, dass Maßnahmen zur Überwindung der einen Krise die andere verstärken können (z.B. Energie- und Klimakrise).

Ich benenne die Entwicklungen nur in Stichworten:

- die veränderte Globalisierung, also von vielen Menschen als bedrohlich empfundenen Beschleunigungen und Entgrenzungen, ökonomischer, technischer und wissenschaftlicher Art;
- die Migrationsschübe – mit den ihnen unvermeidbar folgenden Anstrengungen und Konflikten der Integration;
- die weitere ethnische, kulturelle, religiös-weltanschauliche Pluralisierung unserer Gesellschaft, die keine Idylle sein wird, sondern voller Konfliktpotential ist;
- die Veränderungen der Arbeitswelt durch die digitale Transformation und vor allem die rasante Entwicklung der künstlichen Intelligenz: was und wen wird

sie überflüssig machen, wer bleibt zurück, werden wir Menschen sie beherrschen, oder beherrscht die KI uns;

- die fundamentale ökologische Bedrohung, die radikale Änderungen unserer Produktions- und Konsumtionsweise und insgesamt unseres Lebensstils verlangt und eine Politik der Abkehr vom Wachstumszwang;
- die Ängstigungen durch Terrorismus, Gewalt, kriegerische Konflikte und zuletzt der Aggressionskrieg Putin-Russlands.

Im Zusammenhang mit dem letzten Ereignis hat Bundeskanzler Scholz den Begriff Zeitenwende ins öffentliche Bewusstsein gebracht. Es ist mit Sicherheit ein tiefer historischer Einschnitt, eine tiefe Erschütterung, eine höchst folgenreiche Wendung der Geschichte.

Inzwischen sind manche, aber wohl noch nicht alle Folgen dieses tiefen negativen Einschnittes sichtbar: eine neue Hochrüstungsphase mit ihren fatalen nicht nur materiellen Kosten, neue (alte?) Konfrontationen, ökonomische und soziale und finanzielle Zuspitzungen und Belastungen. Wie geht es weiter mit der überlebensnotwendigen ökologischen Transformation, die wir brauchen, um die Klimakatastrophe zu verhindern? Was wird aus den sozialen und ökonomischen Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten in der Welt?

Und: Was wird aus unserem deutschen Erfolgsmodell? Die Grundlage für unseren ökonomischen Wohlstand und unsere politische und soziale Stabilität waren ja Verlagerungen: Für unsere Sicherheit waren die USA verantwortlich, unsere Rohstoffbasis war Russland und unser expandierender Absatzmarkt war China. Das machte alles so schön billig. Wir Deutschen haben die Kosten unseres Wohlstands und unserer Freiheit jedenfalls nicht alle selbst bezahlt! Dass dies so nicht bleiben wird, das wird eine erhebliche Herausforderung für das Innere unserer Gesellschaft, für deren sozialen Zusammenhalt werden! Genau dies ist auch ein Moment des Krisenhaften an dem, was uns seit dem 24. Februar beschäftigt. Und das auszusprechen, ist eine Frage der Wahrhaftigkeit.

Jetzt wird sich erweisen müssen, ob unsere Demokratie eine Schönwetterdemokratie (gewesen) ist. Denn die Existenzgrundlagen der („alten“) Bundesrepublik waren doch wirtschaftliches Wachstum und stabile Wohlstandsmehrung. Das begründete und ermöglichte die Stabilität unserer Demokratie. Was wird aus ihr werden, wenn diese Grundlage für nicht absehbare Zeit nicht mehr so sicher ist wie gewohnt. Wenn die materiellen und kulturellen Verteilungskonflikte sich – nicht nur in unserem Land, sondern global – verschärfen? Auch das ist eine entscheidende Frage bei dem, was Zeitenwende wirklich bedeutet und bedeuten muss, weit über das Militärische hinaus. Wenn es nicht Früchte von Wachstum, wenn es nicht ein Mehr zu verteilen gibt, sondern ein Weniger. Dann stellen sich härtere Gerechtigkeitsfragen als in den glorreichen Zeiten der alten Bundesrepublik.

Es ist jedenfalls viel, sehr viel, was individuell und kollektiv zu bestehen ist. Die Fülle der Probleme und Veränderungen verstärkt auf unübersehbar heftige Weise das individuelle und kollektive Bedürfnis nach neuen (und auch alten) Vergewisserungen und Verankerungen, nach Identität, nach Sicherheit, nach Beheimatung. Allerdings: Die Gefühle der Unsicherheit, der Gefährdung des Vertrauten und Gewohnten, der Infragestellung dessen, was Halt und Zusammenhalt gibt, insgesamt also ökonomische Abstiegsängste und soziale Überforderungsgefühle und kulturelle Entheimatungsbefürchtungen und tiefgehende Zukunftsunsicherheiten – sie sind höchst ungleich verteilt:

Einerseits zwischen den Erfolgreichen, auf den Wellen der Globalisierung Surfenden und andererseits denen, die sich durch die Modernisierungsschübe bedroht fühlen, die Entfremdungsängste empfinden und die die Veränderungen als sozialen Verteilungskonflikt erfahren. Des Weiteren gibt es – hier in Halle muss ich das wohl nicht ausführlich erklären - neben diesen kulturellen und sozialen Spaltungen auch eine sichtbare West-Ost-Ungleichheit, ein West-Ost-Gefälle der Sicherheiten und Gewissheiten: nach den ostdeutschen Erfahrungen eines Systemwechsels, eines radikalen Umbruchs sowohl ökonomisch-sozialer wie moralisch-kultureller Art, nach dem vielfachen Erlebnis der Entwertung und des Entschwindens der eigenen Lebenserfahrungen und Lebensleistungen. (Ostdeutsches Selbstbewusstsein fällt schwer. Und wird nicht gefördert durch einen aktuellen Bestseller, der alle Verantwortung für den Osten Deutschlands dem Westen zuweist!)

Zeiten heftiger Veränderungen und Verunsicherungen, also unsere - das sind Zeiten für Populisten, also für die großen und kleinen Vereinfacher und Schuldzuweiser, die die verständlichen Sehnsüchte nach Erlösung von ängstigenden Unsicherheiten flott zu befriedigen versprechen. Zumal eben in Ostdeutschland! Dort trifft ja die gegenwärtige Veränderungsdramatik auf Menschen, die die dramatischen Veränderungen seit 1989/90 mit Schmerzen, Opfern, Verlusten noch nicht gänzlich und vor allem nicht alle gleichermaßen erfolgreich bestanden haben. So viel Umwälzung in kurzer Zeit! Und nun die nächste Welle umgreifender Veränderungen! Das eben macht nicht weniger empfänglich für die einfachen, radikalen Botschaften, für das Angebot alt-neuer konservativ-nationaler Gewissheiten und wütend-aggressiver Abwehr. Eine erfolgreich-gefährliche Mischung – aber doch nicht nur im Osten Deutschlands, wie man gerade wieder in der Corona-Krise erleben konnte. Und ebenso bei den unterschiedlichen Reaktionen auf die russische Aggression.

Die zu bewältigenden Veränderungen sind allerdings insgesamt und im ganzen Land von durchaus erschütternder Qualität: Die Corona-Pandemie hat uns zu neuer Einsicht in unsere Verletzlichkeit gezwungen. Die Beschleunigung der technologischen Entwicklung – man spricht mit Blick auf die Künstliche Intelligenz vom Eintritt ins Exponentialzeitalter – führt uns die „Antiquiertheit des Menschen“ vor Augen (um den Titel eines berühmten Buches von Günter Anders aus dem Jahr 1979 zu zitieren). Was der Einsatz der KI in Kriegen bedeuten könnte, wir können es nur erahnen. Der Aggressionskrieg Putin-Russlands zerstört unsere Hoffnung auf eine durch Regeln und Verträge geordnete und sichere Welt des Friedens. Die anhaltende Migration (aus Armut- und Konflikt-Gründen) bringt den Westen, bringt Europa an die Grenzen ihres humanitär- universalistischen Selbstverständnisses. Und der Klimawandel, die drohende ökologische Katastrophe ist die massivste Herausforderung unseres Zukunftsoptimismus und stellt – vor allem in der jüngeren Generation - die Fortschrittsverheißung des Aufwärts und Mehr infrage. Aber das genau war, das ist doch die Grundannahme, das Fundament der Moderne: Dass der Fortschritt stetig voranschreitet. Wer von uns ist sich dessen wirklich noch sicher?

Die Reaktionen auf die genannten Erschütterungen, Infragestellungen und Herausforderungen unseres gewohnten Lebens sind höchst unterschiedlich. Nichtwahrhabenwollen auf der einen Seite, Verlustwut auf der anderen, trotziges Bestehen auf dem Weiterso hier und apokalyptische Ungeduld da und in jedem Fall die Erwartung, das Verlangen, dass die Politik

schnell handelt, schmerzlose Lösungen, ja Wunder vollbringt. Und da demokratische Politik das nicht so kann, wie gewünscht, nehmen Politikerverachtung und Demokratieverdruss zu. Übertreibe ich?

Wie sehr Extremismus, Hass, Gewaltbereitschaft zugenommen haben, dafür ist der neuerliche Brandanschlag von Karamba Diaby nur ein weiterer Beleg. Lieber Karamba, ich bin voller Respekt für deine Tapferkeit, für deine Widerstandskraft und versichere Dich meiner und unser aller Solidarität!

Denn das ist notwendig, den Feinden unserer Demokratie zu widersprechen, zu widerstehen! Das ist Pflicht der Sozialdemokraten und eigentlich aller Demokraten! Gerade in harter Umbruchszeit! In der die Selbstverständlichkeit von Demokratie nicht mehr gesichert ist. Schauen wir uns um in der Welt: Unsere offene, rechts- und sozialstaatliche Demokratie ist die Ausnahme, nicht die Regel. Sie ist kostbar, weil vielfach bedroht – von außen und von innen.

Ich erinnere an die Erfahrung mit der Corona-Pandemie. Das war mehr als der unvermeidliche Streit um Einschränkungen, um verpflichtende Regeln, zum Beispiel um das Pro und Contra von Maskenpflicht und vor allem Impfpflicht (für die und gegen die es nachvollziehbare Argumente gibt). Es war mehr. In vielen Äußerungen (z.B. auch zum Vorschlag einer sozialen Pflichtzeit, den der Bundespräsident gemacht hat) war wahrzunehmen, wie verbreitet die Vorstellung ist, dass Pflicht gleich Zwang sei. Pflicht habe „bevormundenden Charakter“, sagte sogar eine stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Ethikrates. Und man denkt dabei an solche Bevormundungen wie Schulpflicht oder Gurtpflicht oder Steuerpflicht und überlegt, wie sehr sie wohl unsere Freiheit einschränken mögen.

Nicht der Streit ist ärgerlich (er gehört zu einer liberalen Demokratie), sondern mich irritiert die ideologische Überhöhung von Ablehnungen. Sichtbar wird dabei ein problematisches Freiheitsverständnis: Autonomie, (miss-)verstanden als selbstbestimmte, individuelle Selbstverwirklichung gilt ja als der höchste Wert unserer Gesellschaft. Regisseur des eigenen

Lebens zu sein, das ist ein schönes Bild dafür – und ein verräterisches: Die Anderen, die Mitmenschen sind dann wohl die Assistenten, gar die Statisten meiner Lebensregie. Freiheit bekommt auf diese Weise Fetisch-Charakter, als habe man sie von Natur aus, als sei sie Eigentum. Und wird so zum Gegenstück des Sozialen, zum Widerpart von Solidarpflichten!

Was mich ärgert, Ihr merkt es, ist die tiefe Politik- und Sozialvergessenheit des grassierenden, oberflächlichen Freiheitsverständnisses! Ist das Herunterdimmen von Freiheit und Wahrheit zu einem Ausdruck von Befindlichkeiten, von Identitätsansprüchen gegen Andere!

Wie wollen wir mit einem solchen individualistischen und entsolidarisierenden Freiheitsverständnis, mit einem so subjektivierten Authentizitäts- und Wahrheitsanspruch die vor uns liegenden dramatischen Herausforderungen meistern. Es wäre doch gut, wir würden das lernen: Unseren egozentrischen Freiheitsnarzissmus zu erkennen und zu überwinden! Und Freiheit begreifen und praktizieren als die vernünftige Einsicht in die Notwendigkeit verantwortlichen Handelns, also auch in Beschränkungen und Regeln. Um der Solidarität mit den verletzlichen Anderen willen, um unserer Demokratie willen und um unserer globalen Zukunft willen.

Die SPD war in Deutschland immer eine Partei der Verteidigung von Freiheit und Demokratie und sie muss und sie wird das bleiben. Weil sie mehr als Andere um den untrennbaren, ja existenziellen Zusammenhang von Freiheit und Gerechtigkeit weiß: Ungerechtigkeit, Armut und Not gefährden die Demokratie. Und: Gerechtigkeit unter Preisgabe der Freiheit herstellen zu wollen, muss scheitern. Das ist die doppelte Lehre aus den Diktaturerfahrungen des 20. Jahrhunderts.

Und das heißt heute: Wer bei der überlebensentscheidenden ökologischen Reformpolitik die Gerechtigkeitsfrage missachtet, auch der wird scheitern. Aber ebenso umgekehrt: Wer heute Gerechtigkeitspolitik betreiben will, muss ökologische Reformpolitik betreiben. Denn zerstörte Umwelt belastet die Ärmeren und Schwächeren mehr als die Vermögenden. Die nämlich belasten die Umwelt mehr und können sich zugleich von den Folgen eher freikaufen.

Die SPD – wer sonst – ist verantwortlich dafür, dass beide politische Zentralaufgaben in ihrem Zusammenhang gesehen und gelöst werden. Also energische Reformen vorangetrieben werden, wissenschaftliche, technologische, ökonomischer und ökologischer Fortschritt organisiert wird. **Und** dabei Verluste und Gewinne, Schmerzen und Vorteile fair und gerecht verteilt werden. Im Sinne dieser doppelten Aufgabe – Fortschritt und Gerechtigkeit um der Freiheit willen – ist ökologische Teilhabe eine moderne Dimension von Verteilungsgerechtigkeit, zu der die Sozialdemokratie sich zu bekennen hat. Ökologische Teilhabe – das meint die angemessene Beteiligung aller an den Anstrengungen wie an den Früchten an nationaler wie globaler Überlebenspolitik.

Sozialdemokratische Modernisierungs- und Reformpolitik muss immer wieder neu ein Angebot, eine Einladung an das Ganze der Gesellschaft formulieren. Die SPD kann und darf keine Klientelpartei sein! „Es wäre ein Fehlschluss zu glauben, in der modernen, fragmentierten Gesellschaft müsste die SPD nur möglichst viele Minderheiten bedienen, um eine Mehrheit zu gewinnen.“ So habe ich es in einem Interview des aktuellen Vorsitzenden der NRW-SPD, Marc Herter, gelesen. Ich kann es nicht besser formulieren.

Es ist sehr viel, was sozialdemokratische Politik heute für uns und mit uns Bürgern zu bearbeiten und zu lösen hat, was zu bewältigen ist. Dabei helfen apokalyptische Dramatisierungen wohl nicht (so verständlich sie sein mögen). Vielmehr muss es um Lösungsvorschläge gehen, um die Diskussion von konstruktiven Alternativen, die auf Verwirklichung zielen, auf die Lösbarkeit von Problemen, die Hoffnung vermitteln, statt Ängste zu verbreiten und Unsicherheit und Abwehr zu vermehren. Nicht nur Notwendigkeiten beschwören, sondern zeigen, was möglich ist – im Großen wie im Kleinen!

Die Zeitenwende ist (hoffentlich) keine Endzeit (wie die „Letzte Generation“ beschwört). Sie ist auch keine Zeit der Wunder, sondern eine Zeit für energisches Handeln!

Sozialdemokratische Reformpolitik bleibt notwendig. Die Geschichte der Sozialdemokratie ist noch lange nicht zu Ende. Im Gegenteil.

